

Politisches Programm für die Verbesserung der  
Geoinformationsinfrastruktur in Deutschland

- 18. Legislaturperiode -

## Politisches Programm für die Verbesserung der Geoinformationsinfrastruktur in Deutschland

### - 18. Legislaturperiode -

Der Deutsche Dachverband für Geoinformationen e.V. (DDGI) begrüßt die Vereinbarung der Regierungsparteien im Koalitionsvertrag, „eine umfassende Open Access Strategie zu entwickeln, die die Rahmenbedingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Publikationen und auch zu Daten (open data) verbessert“. Ferner teilt der DDGI die Einschätzung der Koalitionspartner, dass die Bundesverwaltung „auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren Formaten und unter freien Lizenzbedingungen“ sein sollte und deshalb eine Nationale Open Data Infrastruktur mit einem Open-Data-Portalverbund für Bund, Länder und Kommunen anzustreben ist.

Der DDGI versteht diese Aussagen als klares Bekenntnis der Koalitionspartner zu einem auch international starken und innovativen Geoinformationsstandort Deutschland. Für den DDGI ist das wichtige Thema Geoinformation integraler Bestandteil der Vereinbarungen des Koalitionsvertrags; der DDGI verknüpft dieses Verständnis mit konkreten Forderungen und Handlungsempfehlungen zur weiteren Verbesserung der Geoinformationssituation in Deutschland in der 18. Legislaturperiode.

#### **1. Erweiterung der Geodateninfrastruktur (GDI) über die Anforderungen von INSPIRE hinaus**

- a. Die GDI-Kopfstellen in Bund und Ländern müssen als zentrale Ansprechpartner für ALLE raumbeziehbaren Datenbestände der Verwaltung ausgebaut werden (One-Stop-Shop). Nur dies erlaubt die umfassende Nutzung aller Arten von georeferenzierbaren Informationen auch für Fragestellungen, die über die Lösung umweltpolitischer Aufgaben hinausgehen.
- b. Kontinuierliche Erweiterung der Daten- und Dienstbestände der GDI auf Basis eines nutzerorientierten Prosumer-Konzeptes. Nutzern der GDI (Consumer) muss die Möglichkeit eingeräumt werden, die eigenen veredelten Informationen (Producer) in die GDI ebenfalls zu überführen (Prosumer). Dadurch wird der GDI-Datenbestand weiter angereichert, Doppelarbeit vermieden und umfassende Weiterverwendung initiiert (One-for-All). Im Gegenzug sichert das Prinzip offener Geodaten der Gesellschaft die uneingeschränkte Datennutzung zu.
- c. Im Sinne von Open Data und Open Innovation sind Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die helfen, das Nutzungs-, Innovations- und Wertschöpfungspotenzial einer offenen GDI und offener Geodaten für Gesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft zu erschließen.
- d. Die GDI Deutschland muss technologisch geöffnet werden (Open GDI) und den freien Technologieeinsatz bis hin zu mobilen Endgeräten zulassen. Erst so können performante, moderne und technologisch richtungsweisende Lösungen in einer offenen Umgebung entstehen. Zu diesem Zweck müssen private und öffentliche Geoplattformen, Geodaten und Geodienste miteinander vernetzt und auch gegenüber offenen Daten geöffnet werden.

## 2. Stärkung der Kommunen

- a. Für eine offene GDI sind bundesweit gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen in den Bundesländern und ihren Kommunen der flächendeckende Einsatz von kommunalen Geoinformationssystemen (GIS) zur öffentlichen Aufgabenerfüllung und im Sinne einer Infrastrukturbereitstellung/Daseinsvorsorge sichergestellt wird. Gegebenenfalls erforderliche Personalstellen sind dauerhaft zu schaffen, da es sich hierbei um infrastrukturelle Pflichtaufgaben handelt. Alternativ können auch tragfähige ÖPP-Modelle zur Geschäftsfeldentwicklung implementiert oder die Kreis-, Region- und Landesebenen übergreifende Zusammenarbeit forciert werden. Weitere Voraussetzungen sind der flächendeckende Ausbau von Behördennetzen in Verbindung mit der Breitbandverfügbarkeit, wie sie der Koalitionsvertrag vorsieht, sowie die Nutzung von Cloud Computing Verfahren.
- b. Um kleine Kommunen nicht auszuschließen, sind von Bund und Ländern Förderprogramme zu entwickeln, die zur Initiierung und Weiterentwicklung interkommunaler GIS-Lösungen auf Basis von Kompetenzzentren (Shared Service Center) führen. Eine rein monetäre und projektgebundene Förderung erscheint nicht ausreichend.
- c. Nach der Prämisse "Privat vor Staat" sind bei der Umsetzung von a. und b. Rahmenbedingungen zu schaffen, die ÖPP-Lösungen fördern, Ebenen übergreifende Zusammenarbeit forcieren und so zur Entlastung kommunaler Haushalte beitragen.

## 3. Stärkung des Bewusstseins über die Bedeutung von Geoinformationen für die digitale Zukunft Deutschlands

- a. Die Bundesregierung soll einen "Nationalen Beauftragten für Geoinformation" ernennen. Der Nationale Geoinformationsbeauftragte hat die Aufgabe zum Zwecke der Homogenisierung und Harmonisierung des Geoinformationswesens flächendeckend über alle Verwaltungsebenen hinweg zu koordinieren, harmonisieren und zu bündeln. Dies wäre ein dringend erforderliches und klares Signal zur Stärkung des Geoinformationswesens in Deutschland und zur Erschließung seines Wertschöpfungspotenzials.
- b. Zu der von der Koalition vereinbarten Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikations-Strategie (IKT-Strategie) für die digitale Wirtschaft gehört auch die besondere Berücksichtigung von Geoinformationen. Geoinformationen sind die entscheidende Bezugsbasis für Analysen und Entscheidungen unterschiedlichster Art. Geoinformationen müssen daher in inhaltlicher, technologischer und vertrieblicher Hinsicht homogen und flächendeckend zur Verfügung stehen. Dies ist erforderlich, damit ihr Innovationspotenzial erfolgreich erschlossen werden kann. Die Programme GALILEO, COPERNICUS und INSPIRE sind dabei besonders zu berücksichtigen. Die Erschließung ihres Nutzungspotenzials ist durch Zusammenführung raumbezogener Schlüsseltechnologien (Positionsbestimmung, Mobilfunk, Geoinformationssysteme, Fernerkundungsdaten, In-Situ-Informationen) voranzutreiben.

- c. Gebühren und Entgelte im Geodaten- und Geodienstevertrieb sind bundesweit und über alle Verwaltungsebenen hinweg zu harmonisieren. Ein nachhaltiges Geschäftsmodell für die Vermessungsverwaltung ist sicherzustellen. Die Vertriebswege und -strukturen sind anzupassen.
- d. Die deutschen Geo-Interessen sind durch den Nationalen Beauftragten für Geoinformation in der EU bzw. in EU- Förderprogrammen engagiert zu vertreten.
- e. Geoinformation muss ein wesentlicher Bestandteil der Digitalen Agenda 2014 - 2017 sein, die die Koalition gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft umsetzen will. Wir begrüßen insbesondere die Absicht der Koalition, die Rahmenbedingungen für die IKT-Industrie zu verbessern und Bürokratie abzubauen.
- f. Geoinformationsprojekte sollen frei von politischen Interessen mit dem Schwerpunkt auf Wirtschaftlichkeit und Nutzbarkeit der Ergebnisse durchgeführt werden.

#### **4. Umsetzung der Empfehlungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) in seinem Endbericht der AG "Georeferenzierung von Daten"**

- a. Klärung der Zuständigkeit (Monitoring/Koordination) für die Umsetzung der Empfehlungen des RatSWD, beispielsweise durch Übertragung dieser Aufgabe auf den Nationalen Beauftragten für Geoinformation.
- b. Regelmäßige Berichterstattung im Geofortschrittsbericht der Bundesregierung über den Umsetzungsstand der Empfehlungen des RatSWD unter Beachtung der G8 Open Data Handlungspläne.

Der Deutsche Dachverband für Geoinformation e. V. (DDGI), ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Ziel es ist, die Bedeutung von Geoinformationen herauszustellen und ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Der DDGI verschafft mit Aufklärungsarbeit der Geoinformationsbranche politische Sichtbarkeit und identifiziert Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Nutzbarkeit von Geoinformationen.

An den Schnittstellen von Politik, Fachverbänden, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft bringt er die Expertise seiner Mitglieder in die Diskussion von Gesetzesvorlagen, die Erstellung von Durchführungs- und Implementierungsregeln und in die Konzeption bzw. Implementierung prototypischer Anwendungen ein.

Der DDGI ist u. a. beteiligt am Themenrat der Bundesregierung zur Entwicklung des Geoinformationswesens. Weiterhin vertritt er die deutschen Geoinformationsinteressen in der „European Umbrella Organisation for Geographic Information (EUROGI)“ und wirkt über EUROGI unterstützend bei der „Global Spatial Data Infrastructure (GSDI)“ mit.

Wuppertal, den 04. Februar 2014